# Landkreis Vorpommern-Rügen

### 2. Wahlperiode

## **Antrag**

Einreicher: Vorlagen Nr.:
A/2/0110

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	07.05.2018
Haushalts- und Finanzausschuss	Vorberatung	06.06.2018
Kreisausschuss	Vorberatung	10.09.2018
Haushalts- und Finanzausschuss	Vorberatung	06.09.2018
Haushalts- und Finanzausschuss	Vorberatung	14.11.2018
Kreisausschuss	Vorberatung	19.11.2018
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	17.12.2018

Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Straßenausbaubeiträge"

#### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag fordert das Land Mecklenburg Vorpommern auf, eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, bei gleichzeitigem Ausgleich der entstehenden Finanzierungslücke aus Landesmitteln, zu erarbeiten und umzusetzen.

#### Begründung:

Bei fast allen Straßenbaumaßnahmen in den Kommunen des Landkreises taucht die Frage nach Straßenausbaubeiträgen auf. In vielen Fällen empfinden die Eigentümer anliegender Grundstücke dies als eine Teilenteignung und die Begründung mit einem imaginären Wertegewinn, nicht ganz ohne Grund, als eine Farce. Besonders die Inhaber und Bewohner des sprichwörtlichen kleinen Häuschens bekommen nicht selten finanzielle Schwierigkeiten. Eigentlich notwendige Straßensanierungen werden in den Kommunen immer wieder aufgeschoben oder nur rudimentär durchgeführt, weil es Widerstand gegen die Beiträge gibt oder sie schlichtweg die Bürger überfordern. Eine funktionierende Infrastruktur in den Kommunen stellt eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar und ist aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Straßenausbaubeiträge sind

überholt, können niemals gerecht erhoben werden und bremsen eine effiziente Infrastrukturentwicklung. Deshalb ist im Interesse der Kommunen, nicht nur des Landkreises VR, wie auch für die Einwohner auch unseres Landkreises eine Neuregelung der Frage der Straßenausbaubeiträge im Kommunalabgabengesetz, bei gleichzeitigem Ausgleich der entstehenden Finanzierungslücke aus Landesmitteln zu erreichen. Da es oft eine Verzahnung der Straßenbaumaßnahmen von Gemeinden und Landkreis gibt gilt dies auch für den Landkreis.

gez. Christiane Latendorf Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE

A/2/0110 Seite: 2 von 2